

Baubranche trifft sich in Basel

Swissbau Basel ist für fünf Tage Treffpunkt der Baubranche: Die wichtigste Schweizer Baufachmesse Swissbau 2012 öffnet heute ihre Tore. 1300 Aussteller aus über 20 Ländern zeigen auf 140 000 Quadratmeter Trends und Produkte. Erwartet werden weit über 100 000 Besucher. Angesichts von Konjunkturlage und Ausstrahlung der Messe rechnet die Messeleitung mit einem «starken Besucherinteresse», wie sie mitteilt. Erwartet werden vorwiegend Fachleute aus Planung, Investition, Baugewerbe, Handel, Immobilienwirtschaft, Bildung und Forschung, aber auch private Immobilienbesitzer und Bauinteressierte.

Zukunftsforscher und Architekten jährlich würden über 40 000 neue Wohnungen gebaut, die Bauinvestitionen pro Jahr überstiegen 50 Milliarden Franken. Die Swissbau 2012 steht deshalb unter besonderen Vorzeichen. Verwiesen wird in der Mitteilung auf Fragen der Nachhaltigkeit, der steigenden Dichte in den Städten oder zur Rekrutierung für Jobs auf dem Bau. Nachhaltigkeit und Energieeffizienz sind ein Themenschwerpunkt der Messe, so mit der Swissbau Focus Arena. Am Swissbau Future Forum tritt zudem Zukunftsforscher Matthias Horx auf, bei den Architekturvorträgen sind es die Architekten und Urbanisten Jacques Herzog, Richard Burdett und Winy Maas.

Eröffnet wird die Messe heute mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Die letzte Swissbau im Jahr 2010 hatte 108 000 Besucher nach Basel gelockt. (SDA)

Jungfreisinnige geisseln Kritikerin

Jugendrat Die Basler Jungfreisinnigen ärgern sich über die «unsachliche Kritik» von Juso-Präsidentin Sarah Wyss im «Sonntag». Wyss greift im Zeitungsartikel den Jungen Rat mit der Aussage an: «Der Junge Rat bringt nichts und dient höchstens der Profilierung Einzelner.» Das Gegenteil sei der Fall, betonen die Jungfreisinnigen in einer Mitteilung: Der Junge Rat sei heute ein selbstbewusstes und ausgewogenes Gremium.

In früheren Jahren sei der Rat von linken Jungpolitikern missbraucht und zur Finanzierung von linken Volksinitiativen wie die Lehrstelleninitiative instrumentalisiert worden. Der Dialog mit bürgerlichen Jungparteien sei damals nicht gesucht worden. Die Jungfreisinnigen ermuntern den Jungen Rat, sich nicht beeindruckt zu lassen und sich weiterhin für alle, statt für wenige Junge im Stadtkanton zu engagieren. (BZ)



In der Klybeck-Box treffen sich keine Heranwachsenden mehr.

MB

Die mobile Jugendarbeit muss zurückkriechen

Umstrukturierung Der Verein erhält keine zusätzlichen Subventionen

VON MADLAINA BALMER

Der ehemalige Baucontainer Klybeck-Box an der Gärtnerstrasse 46 ist geschlossen und bleibt es auch. Der teilautonome Jugendtreffpunkt wurde von der mobilen Jugendarbeit Basel und Riehen (MJA) betreut. Heranwachsende aus Kleinhüningen brachten dort gerne ihre Freizeit.

«Leider können wir auch dieses Projekt nicht mehr weiter führen», erklärt Damian Hugenschmidt, Vorstandspräsident MJA. Man habe in den nächsten vier Jahren zu wenig Kapazität für den Treffpunkt.

45 000 Franken fehlen

Der Verein muss seinen Gürtel um einige Löcher enger schnallen. Die Stadt lehnte nämlich Subventionserhöhungen von 45 000 Franken ab. So muss der Verein weiterhin mit 340 000 Franken haushalten. In der Praxis musste der Verein stets zusätzliche Gelder generieren und zehrte an finanziellen Reserven. Im letzten Jahr konnte der Verein unter der Leitung von Michele Salvatore rund 100 000 Franken generieren. Dass der Verein keine zusätzlichen Gelder er-

hält, hat nun tiefgreifende Folgen. Der langjährige Geschäftsleiter Salvatore verlässt die MJA per Mitte April.

«Ich hätte nicht gedacht, dass es so rasch zu einer Umstrukturierung kommt», sagt Salvatore gegenüber der bz. Dennoch sei die Kündigung einvernehmlich über die Bühne gegangen. Man habe diesen Schritt gehen müssen, um das Bestehen des Vereins zu sichern. Nun müsse er sich früher als erwartet in die Selbstständigkeit begeben. Zusammen mit dem ehemaligen Leiter des Kinderbüros, Zeno Steuri, werde er die Firma «shochzwei», ein soziokulturelles Unternehmen, aufbauen.

Streit um Projektarbeit

Mit Salvatore verliert der Verein einen erfahrenden und gut vernetzten Mitarbeiter. Dennoch sieht der Verein keine andere Lösung. Man könne nicht an den Löhnen der Streetworker sparen, da sei einfach

kein Spielraum mehr, erklärt Damian Hugenschmidt. Eine Mitarbeiterin, Natalie Kretschmer-Krebs, kündigte dennoch, und zwar aus ideellen

Gründen, verrät Hugenschmidt. Sie habe unter den neuen Bedingungen keine Entwicklungsmöglichkeit mehr gesehen. Ganz im Sinne von Schuster bleib bei deinen Leisten empfahl nämlich das Basler Erziehungsdepartement dem Verein, sich auf seine Kernkompetenzen zu konzentrieren. Die MJA solle Jugendliche aufsuchen und mit ihnen sprechen, die Projektarbeit sei zweitrangig.

Salvatore indes findet beides sehr wichtig. «Wenn man Jugendliche von der Strasse holen will, dann muss man ihnen Alternativen bieten.» Heranwachsende brauchen Aktivitäten in ihrem Quartier. Sonst kämen alle ins Zentrum und langweilten sich dort. So käme die Aktion Hallenfussball beispielsweise sehr gut an, es fehlten sogar Plätze.

«Wenn man Jugendliche von der Strasse holen will, dann muss man ihnen Alternativen bieten.»

Michele Salvatore
Geschäftsleiter MJA

INSERAT

Ihr Aus- & Weiterbildungspartner



Medizinische Sachbearbeiterin /Arztsekretärin IKMP

Der Diplomelehrgang Medizinische Sachbearbeiterin/Arztsekretärin IKMP vermittelt das nötige Wissen für den beruflichen Einsatz in:

- einer Arztpraxis,
- einem Spitalsekretariat,
- der Pharmaindustrie,
- der Krankenkassen- und Versicherungsbranche

Kursbeginn April 2012
Tageskurs Montag
08.45–16.15 Uhr
Dauer 1 Jahr

Verlangen Sie den ausführlichen Schulprospekt!



Mittlerer Kreis 2
4106 Therwil
Tel. 061 601 19 46
Fax 061 601 19 56
www.ikmp.ch
E-mail info@ikmp.ch

10 Jahre IKMP

Nachrichten

LDP Stimmfreigabe zur Sicherheitsinitiative

Die Liberaldemokraten haben an ihrer Versammlung gestern Abend Stimmfreigabe zur SVP-Sicherheitsinitiative beschlossen, über die am 5. Februar abgestimmt wird. Eine Konsultativabstimmung ergab zunächst 19 Nein- und 11 Ja-Stimmen, worauf sich die Versammlung mit 20 gegen 13 Stimmen zur Stimmfreigabe entschloss. Grossrat André Auderset sprach sich zuvor gegen die Initiative aus: Diese sei zwar sympathisch, greife aber zu statisch in die Kompetenz der Polizei ein. Andere argumentierten, die Initiative halte den Druck hoch, zumal dringender Handlungsbedarf gegeben sei. Bei der Parkrauminitiative empfiehlt die LDP ein klares Ja sowie ein Nein zum «unzulänglichen» Gegenvorschlag, der nur durchgedrückt worden sei, um die Befürworter zu spalten. (BZ)

Neuhausstr. Wohnungsbrand mit hohem Sachschaden

Gestern Nachmittag brannte eine Wohnung im 2. Obergeschoss an der Neuhausstrasse 41 fast vollständig aus. Obwohl die Feuerwehr den Brand rasch gelöscht hatte, sei von grossem Sach- und Gebäudeschaden auszugehen. Ein Übergreifen auf weitere Gebäudeteile konnte verhindert werden. Verletzt wurde niemand. Die Untersuchungen zur Ursache laufen, so die Staatsanwaltschaft. (BZ)

Unfall Autofahrer schneidet Taxi den Weg ab

Ein unbekannter Autofahrer hat an der Kreuzung Schützengraben/ Schützenmattstrasse am Sonntagabend kurz vor 20 Uhr einem Taxifahrer den Vortritt entzogen. Beim Ausweichmanöver kollidierte letzterer mit einem Alleebaum. Der Unfallverursacher entfernte sich, ohne sich um den leicht verletzten Taxifahrer zu kümmern.

Laut der Polizei handelt es sich beim gesuchten Fahrzeug um einen grauen, eventuell schwarzen Kleinwagen. (BZ)

Umzüge Keller Swiss Group mit Zürcher Partner

Die auf Privat- und Geschäftsumzüge spezialisierte Keller Swiss Group mit Sitz in Basel ist eine strategische Zusammenarbeit mit dem in Kloten domizilierten Unternehmen Via Mat Artcare eingegangen. Die Partnerschaft der beiden Unternehmen umfasst die Bereiche Kunsttransporte und Umzüge. CEO der Keller Swiss Group ist der SVP-Politiker Lorenz Amiet. (BZ)

Frauenrechte Baslerinnen präsidieren CH-Verband

2012 und 2013 wird der Schweizerische Verband für Frauenrechte von der Sektion beider Basel präsiert. Als Co-Präsidentinnen des Basler und Schweizer Verbands amtieren Ursula Krattiger und Ursula Nakamura. (BZ)

Ihr Geld

von Michael Türk



Hoffnungsschimmer in Europa

■ Am Euro-Gipfel Anfang Dezember standen für einmal nicht mehr finanzielle Notmassnahmen, sondern die institutionellen Grundlagen stabilitätsorientierter Fiskalpolitiken im Mittelpunkt. Dazu wurde zum einen beschlossen, dass die Länder eine Schuldenbremse einführen müssen, ähnlich wie sie die Schweiz mit Erfolg praktiziert. Die Schuldenbremse besagt, dass das konjunkturbereinigte Budgetdefizit geringer als 0,5% des BIP sein muss.

ZUM ANDERN WURDEN quasi-automatische Sanktionen bei Verletzung der Maastricht-Defizitkriterien beschlossen. Diese Beschlüsse legen ein tragfähiges Fundament für eine Stabilitätsunion. Gleich-

Diese Beschlüsse legen ein tragfähiges Fundament für eine Stabilitätsunion.

zeitig signalisieren sie die Abkehr vom Ziel einer Fiskalunion im Sinne eines Bundesstaates wie in den USA oder der Schweiz.

ENTSPANNUNG DER Euro-Krise beendet Stagnation: In den nächsten Monaten sind allerdings noch einige schwierige Passagen zu bewältigen. Neben den Ratifizierungsverfahren in den Mitgliedsländern stehen im Frühjahr Wahlen in Frankreich und Griechenland an. Daneben muss Italien im ersten Halbjahr über 180 Milliarden Euro an Schulden refinanzieren, und die Banken müssen bis im Juni ihre Bilanzen stärken.

MIT DER ORIENTIERUNG der Fiskalpolitik am konjunkturbereinigten statt am absoluten Budgetdefizit werden die negativen Rückwirkungen der Sparpolitik auf die Konjunktur abgeschwächt. Denn Länder in einer starken Rezession können so ein höheres Defizit zulassen als Länder mit robusterer Konjunktur.

DIE KAPITALMÄRKTE dürften die Stärkung der Stabilitätskultur mit tieferen Zinssätzen für die peripheren Staaten honorieren. Im Frühjahr ist deshalb mit einer Überwindung der konjunkturellen Durststrecke in Euroland zu rechnen.

VORERST NOCH VORSICHT bei Aktien: Für eine unmittelbar bevorstehende, nachhaltige Erholung der Börsen dürften die Rahmenbedingungen vorerst aber noch nicht gegeben sein. Die Unsicherheiten sind dazu noch zu gross, und bei den Gewinnerwartungen der Analysten sind weiterhin Rückstufungen zu erwarten. Deshalb bleibt eine Untergewichtung von Aktien angebracht. Staatsanleihen der Kernländer sind angesichts der extrem niedrigen Zinsen ebenfalls wenig attraktiv. Als Ergänzung im festverzinslichen Bereich bieten sich Staatsobligationen der Schwellenländer sowie Unternehmensanleihen an.

Michael Türk ist Leiter Finanzkunden bei der Raiffeisenbank Liestal.